

Grundsatzantrag: Kernziele zur Landtagswahl

Grüne Politik für neue Impulse in Mecklenburg-Vorpommern

Am 4. September 2011 wählen die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag. Nach Jahren des Stillstands braucht unser Land neue Impulse im Parlament, um die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte zu bewältigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen den Wählerinnen und Wählern ein inhaltliches Angebot, um für unser Bundesland die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Wir wollen als unverbrauchte, kreative und innovative Kraft im Landtag Druck machen, damit die Bürgerinnen und Bürger in einem nachhaltigen, bildungsgerechten und sozialen Mecklenburg-Vorpommern leben können. Wir wollen ein Land, das nicht nur auf Krisen reagiert, sondern seine eigene Zukunft aktiv gestaltet.

Dabei sind die nächsten Jahre von entscheidender Bedeutung. Weder Rot-Rot noch die große Koalition haben in den vergangenen Jahren die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen ein klares inhaltliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler, das für die Herausforderungen in unserem Bundesland Lösungen anbietet und Maßnahmen benennt, die wir im Landtag durchsetzen wollen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bundesland deutlich machen: Die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns ist grün!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN präsentieren sich im kommenden Wahlkampf als eigenständige politische Kraft. Wir konkurrieren mit allen demokratischen Parteien um die besseren Ideen und Lösungen für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes und der hier lebenden Menschen. Gemeinsam mit allen demokratischen Parteien wollen wir klar machen: Die NPD im Landtag schadet dem Land, einen Wiedereinzug darf es nicht geben!

Statt taktischer Spielchen sind für uns politische Inhalte entscheidend. Eine Aussage zu möglichen Koalitionen werden wir daher zum derzeitigen Zeitpunkt nicht treffen. Klar ist: Koalitionen verlangen ein Mindestmaß an politischer Übereinstimmung der Partner. Aber mit jedem Tag der schwarz-gelben Bundesregierung werden die inhaltlichen Schnittmengen zu Union und FDP geringer. Diese Parteien belasten einseitig die Schwächsten der Gesellschaft, betreiben Klientelpolitik zugunsten der großen Atomkonzerne und vertreten eine unsoziale Bildungspolitik. Wer diese Politik betreibt oder unterstützt, braucht mit uns nicht zu rechnen.

Wir sind überzeugt, dass ein wachsender Anteil der Menschen will, dass bündnisgrüne Positionen in Regierung oder Opposition eine gewichtige Stimme in der Landespolitik bekommen. M-V gewinnt Zukunft mit Grün!

Für eine klimafreundliche Politik, die nachhaltige Arbeitsplätze schafft

Die Klimakrise kommt schleichend, aber sie kommt unabwendbar, wenn wir nicht jetzt in der vor uns liegenden Wahlperiode auch in unserem Land gegensteuern. Dabei stehen nur wir für konsequente Strategien, weil wir wissen, dass nur sie den Klimawandel noch wirksam begrenzen können. Grüne Klimaschutzpolitik ist das Gegenmodell zu schwarz-gelber Klientelpolitik für große Energiekonzerne und Großindustrie auf Bundesebene und rot-schwarzem Stillstand auf Landesebene. Und grüne Klimaschutzpolitik schafft Arbeitsplätze.

Wir wollen konsequenten Klimaschutz durch eine echte Energiewende – ohne Atom und ohne den Neubau von Kohlekraftwerken, indem wir auf Erneuerbare Energien, Effizienz und Einsparung setzen und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Mit Investitionen insbesondere in Klimaschutz, Umweltschutz und Bildung können bis 2020 über 30.000 neue Jobs in Mecklenburg-Vorpommern entstehen. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland bis 2015 seinen gesamten Strombedarf aus eigenen regenerativen Energien bestreiten kann. Bis 2040 wollen wir das Ziel 100 % Erneuerbare Energien auch im Bereich der Wärmeenergie und der Kraftstoffe erreichen und Mecklenburg-Vorpommern darüber hinaus als Energie-Exportland etablieren.

Bereits heute arbeiten mehr als 6.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2020 sehen wir hier ein Entwicklungspotential von 18.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Allein die Offshore-Windkraft könnte 7.000 neue Arbeitsplätze bieten, wenn Mecklenburg-Vorpommern den Ausbau der erneuerbaren Energien engagiert vorantreibt.

- Wir werden für die Landesverwaltung verbindliche Klimaschutzstandards für Gebäude, Fahrzeuge und Produkte festlegen.
- Wir wollen Anreize schaffen für mehr Modellvorhaben, Forschung und Studienangebote im Bereich der erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern.
- Neben dem Windenergiebereich werden wir den Aufbau von Firmen-Netzwerken auch in den Bereichen Solarenergie, Bioenergie und Geothermie unterstützen.
- Wir werden einen Kreditfonds auflegen, der Kapital für Investitionen in erneuerbare Energien bereit stellt.
- Wir wollen den Klimaschutz in der Regionalplanung verankern und die Errichtung neuer Kohle- und Atomkraftwerke sowie Atommülllager untersagen.
- Wir werden den Klimaschutz in der Landesbauordnung verankern.
- Wir wollen eine Energie-Agentur einrichten, die Unternehmen, Behörden und Private beim Einsatz Erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung unabhängig berät.

Für eine gerechte, vielfältige und leistungsstarke Bildungslandschaft

Die Bildungskrise ist hausgemacht. Rot-Rot und die große Koalition haben Jahrzehnte in längst überholten Kategorien gedacht. Das Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern ist daher sozial ungerecht und behindert die persönliche Entwicklung der Kinder.

Viel zu oft fallen SchülerInnen, die aus sozial und finanziell benachteiligten Verhältnissen kommen, Aussortierungsmechanismen zum Opfer.

Viel zu wenig sind die Schulen noch in die Lage versetzt, individuell auf das Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler einzugehen und die Bildungsangebote zu entwickeln und umzusetzen, die Potenziale, Ressourcen und Interessen der Schülerinnen und Schüler umfassend aufgreifen.

Viel zu wenig werden die Erfahrungen der freien Schulen genutzt, die vielfach wertvolle und innovative pädagogische Arbeit leisten. Stattdessen wurden ihnen fortschreitend Mittel gekürzt.

Gute Bildung ist der entscheidende Baustein für Beruf, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, sozialen Zusammenhalt und damit für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns.

- Wir wollen gerechte und leistungsstarke Schulen, die Kinder und Jugendliche nicht aussortieren und beschämen, sondern ermutigen und in ihrem Selbstbewusstsein stärken. Wir wollen gemeinsames Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit, ohne Dauerdruck durch Überlastung, undifferenzierte Kopfnoten, zwangsweises Sitzenbleiben und Aussortieren.
- Wir wollen keine verbindlichen Grundschulempfehlungen, die Eltern bevormunden und den Kindern Entwicklungschancen verbauen.
- Wir wollen mehr Ganztagschulen – mit vollwertigem und kostenfreiem Mittagessen für alle Kinder – und Schule als Lern- und Lebensort gestalten. Unser Ziel ist die inklusive Schule, für alle Kinder – mit und ohne Behinderung.
- Wir wollen eine neue demokratische Schulkultur mit Wertschätzung und Beteiligung – in einer Schule, die kein Kind zurücklässt.
- Für diejenigen, die ihre Kompetenzen und Stärken eher im Fachpraktischen sehen, wollen wir das produktive Lernen in der Regelschule ausbauen und das Angebot der Produktionsschulen nachhaltig sichern.
- Wir lassen die Schule im Dorf! Mit der Schule der Zukunft bieten Städte und Gemeinden auch ein wohnortnahes und umfassendes Bildungsangebot vor Ort.
- Wir wollen keine verordneten Reformen mit überfallartigen Neuerungen. Die Schule der Zukunft kann nur von unten wachsen, im Konsens mit möglichst vielen Beteiligten und mit der notwendigen personellen, finanziellen und räumlichen Ausstattung.
- Unser Bundesland braucht dringend mehr Fachkräfte und Akademiker. Während Unternehmen ihre Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen können, verlässt fast jeder fünfte Schüler eines Jahrgangs die Schule ohne qualifizierten Schulabschluss. Wir wollen mit mehr Qualität in den Kitas und in den Schulen, mit längerem gemeinsamem Lernen an zukunftsgerechten Schulen und mit hervorragenden Studienbedingungen ohne jegliche Gebühren für mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Bildung sorgen. Wir wollen eine leistungsstarke, vielfältige und gerechte Bildungslandschaft
- Wir wollen keine Studiengebühren, verbessern die Studienbedingungen und stellen die Freiheit von Forschung und Lehre wieder her. Unsere Hochschulen sollen zu demokratischen Keimzellen für gesellschaftliche, soziale und technische Innovationen werden.
- Als gescheiterter Versuch staatlicher Detailsteuerung mahnt die Bologna-Reform zum Umdenken. Die Ziele von Bologna waren zwar größtenteils richtig (Erhöhung der Mobilität von Studierenden, Verkürzung der realen Studiendauer, Bachelor-Abschluss statt Zwischenprüfung etc.), aber die von den Bildungsministerien erlassenen, mehrfach revidierten Strukturvorgaben haben sich auf die Umsetzung der Reform nachteilig ausgewirkt. Politik muss sich im Hochschulbereich aus der Detailsteuerung zurückziehen und stattdessen Rahmenbedingungen schaffen, die soziale Gerechtigkeit und Durchlässigkeit im Bildungssystem gewährleisten.

Für soziale Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen

Soziale Gerechtigkeit ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Querschnittsaufgabe in sämtlichen Politikfeldern. Mecklenburg-Vorpommern ist in besonderer Weise von sozialer Benachteiligung betroffen. Wir müssen Lösungen entwickeln, die soziale Gerechtigkeit mit dem demografischen Wandel und den stattfindenden Schrumpfungsprozessen in Einklang bringt. Dazu bedarf es nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch im Wirtschafts- und Bildungsbereich sowie in der Verkehrs- und Baupolitik neuer politischer Strategien. Nur so lässt sich die Daseinsvorsorge sozial gerecht im gesamten Land für alle Generationen sichern. Von der Selbsttäuschung der bisherigen Politik, dass dem Bevölkerungsrückgang und der sozialen Benachteiligung durch massives Wirtschaftswachstum beizukommen sei, müssen wir uns befreien. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für politikfeldübergreifende und konsistente Konzepte, die Wirtschaft, Kreise, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger auf die neuen Realitäten vorbereiten. Wir werden daher ressortübergreifende Handlungsprogramme mit folgenden Schwerpunkten entwickeln und umsetzen:

- Wir wollen das Prinzip „Gute Arbeit“ durchsetzen: Dauerhafte Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und wirksame Mitbestimmung. Das ist der legitime Anspruch der Beschäftigten. Und es liegt zugleich im Interesse der UnternehmerInnen, die dauerhaft Arbeitskräfte halten bzw. neue MitarbeiterInnen gewinnen möchten. Das Land und seine Unternehmen müssen hier beispielhafte Standards für sich, bei Auftragsvergaben und bei der Bereitstellung von Fördermitteln festlegen.
- Viele Menschen in unserem Land sind sozial benachteiligt und spüren den Sozialabbau auf Bundesebene. Wir werden uns im Bundesrat für die Einführung einer grünen Grundsicherung einsetzen. Sie ist sanktions- und repressionsfrei und beinhaltet somit das unbedingte Grundrecht auf gesellschaftliche Teilhabe.
- In Mecklenburg-Vorpommern lebt jedes vierte Kind in Armut. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit einem Landeskonzept gegen Kinderarmut infrastrukturelle Hilfen und Kostenbefreiungen fördern, so dass soziale Benachteiligung kompensiert wird und angemessene Teilhabe- und Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden.
- Wege, Gebäude und Verkehrsmittel müssen verstärkt auf die Anforderungen von Familien und älteren Menschen ausgerichtet werden, insbesondere auf Barrierefreiheit. Wir wollen daher Standards durchsetzen, die es Kindern, Eltern mit Kinderwagen und Menschen mit Rollator oder Rollstuhl ermöglichen, sich selbstständig zu bewegen. Wir wollen unser Land attraktiv machen für alle Menschen, die ihren Lebensabend in einer unserer wundervollen Regionen verbringen wollen.
- Wir werden neue Wohn- und Lebensformen unterstützen, die als generationenübergreifende Wohnprojekte die Chance für ein starkes solidarischeres Miteinander fördern. Dies erleichtert die Betreuung von Kindern, Kranken und Alten in einem attraktiven sozialen Umfeld.
- Wir wollen angemessene Chancen auf Teilhabe für alle Menschen gewährleisten. Daher wollen wir Haushaltsmittel für die Unterstützung von Sozialtickets bereit stellen, die bedürftigen Menschen die vergünstigte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und anderer Angebote ermöglichen.
- Wir wollen eine Gesellschaft fördern, die für Zuwanderung offen ist und Integration ermöglicht. Hierzu gehören auch der Einsatz für faire Asylverfahren, für die dezentrale Unterbringung von AsylbewerberInnen und geduldeten Flüchtlingen sowie die erleichterte Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen.

- Eine aktive, vorbeugende Sozialpolitik wird nur erfolgreich sein, wenn Land und Kommunen sie gemeinsam gestalten und umsetzen. Wir wollen die Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendsozialarbeit ändern, um diese zu stärken und den Kommunen für diese Aufgabe zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Für handlungsfähige Kommunen

Die Finanzlage vieler Kommunen ist bedrohlich. Etliche stehen vor dem Finanzkollaps. Längst ist es in vielen Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns traurige Realität: Kulturangebote werden gekürzt, Stellen werden gestrichen, Jugendarbeit wird zurückgefahren, Sportanlagen verrotten, die Kommunen können Haushaltslöcher nicht mehr stopfen. Viele Kommunen werden bald überschuldet sein oder sind es schon. Vor allem die kreisfreien Städte, die wichtige zentrale Funktionen haben, sind in besonderem Maße betroffen.

Während der Landeshaushalt saniert wird, lassen SPD und CDU die Städte und Gemeinden im Regen stehen. Wir wollen das stoppen! Denn die Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie und brauchen viel eher einen finanziellen Rettungsschirm als Großbanken und Konzerne.

- Wir wollen durch einen Altschuldenfonds, verlässliche Einnahmen und weniger Lasten die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden wieder herstellen.
- Wir wollen den Raubzug gegen die kommunalen Finanzen und die soziale Spaltung der Städte stoppen – eine verlässliche und verbesserte Grundfinanzierung muss her.
- Bund und Land müssen die Kosten des Sozialstaats wieder schultern.
- Gekoppelt an eigene Sparbemühungen müssen Kommunen beim Abbau von Altschulden unterstützt werden.
- Mit diesem Paket wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken und den Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Kommunen fair und transparent umgestalten.

Neben diesen grünen Handlungsschwerpunkten für unser Land wollen wir insbesondere folgende Ziele im Landtag umsetzen:

Wir wollen einen nachhaltigen Schutz von Mensch und Umwelt und werden die Agrogentechnik stoppen. Wir kämpfen für den Erhalt der wertvollen Lebensräume und der Artenvielfalt in unserem Land. Wir setzen uns für ökologischen Landbau und gegen Massentierhaltung ein. Wir schützen vor Lärm und bauen die Verbraucherberatung deutlich aus (machen die Verbraucherinnen und Verbraucher mächtig).

Wir wollen die Atomtransporte nach Lubmin stoppen. Das sogenannte Zwischenlager darf nicht stillschweigend und widerstandslos zum Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe werden! Wir setzen uns für einen schnellen Atomausstieg ein, um weiteren Müll zu verhindern und Castor-Transporte zu stoppen.

Wir wollen die Rechte der Frauen stärken und durch Quoten für Aufsichtsräte landeseigener und kommunaler Unternehmen sowie für leitende Positionen in der öffentlichen Verwaltung und in Parlamenten Gleichberechtigung herstellen. Wir fordern gleiche Berufschancen und gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit.

Wir wollen einen Verkehrsverbund für den öffentlichen Nahverkehr in ganz Mecklenburg-Vorpommern, mit abgestimmten Fahrplänen, einem gemeinsamen Tarif und flächendeckenden Sozialtickets. Wir wollen eine Grundversorgung im öffentlichen Nahverkehr auch in den ländlich geprägten Räumen. Dazu gehört ein Bürgerbussystem. Der Ausbau der vorhandenen Bahnstrecken und die Ergänzung des Schienennetzes (insbesondere Rehna-Schönberg, Darßbahn, Reaktivierung der Karniner Brücke nach Usedom) und der Ausbau des Radwegenetzes schaffen bessere Verbindungen für Einheimische und Touristen. Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1“, der weitere Ausbau der Schienenverbindung zwischen Lübeck/Hagenow Land - Rostock - Stralsund, noch immer nicht fertig gestellt. Dieses Projekt hat erheblichen Einfluss auf die Anbindung des gesamten Küstenraums von Mecklenburg-Vorpommern, des Großraums Schwerin, den internationalen Verkehr nach Skandinavien, Polen und in die baltischen Staaten. Wir werden uns daher auf Bundesebene für die längst überfällige baldige Fertigstellung einsetzen.

Wir wollen mehr Demokratie und Mitbestimmung und werden Bürger- und Volksentscheide erleichtern. Wir wollen Bürgerhaushalte, mit denen BürgerInnen über einen Teil der kommunalen Haushalte direkt mitbestimmen können, zur Pflicht machen.

Wir wollen den Rechtsextremismus bekämpfen und die Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie überzeugen. Dazu gehört die Stärkung der Zivilgesellschaft. Bürger- und Sportvereine sowie die Freiwilligen Feuerwehren müssen insbesondere in strukturschwachen Regionen in dieser Funktion unterstützt und ausreichende Mittel für Kleinprojekte bereit gestellt werden.

Wir wollen den Erhalt unserer Theater, der freien Kulturträger und der Soziokultur. Wir werden nicht zusehen, wie die Lebensqualität gemindert und die Rahmenbedingungen für den Tourismus verschlechtert werden, weil die Landesregierung Landesmittel einfriert und Zwangsfusionen die Theaterlandschaft kaputtsparen. Daher werden wir die Förderung der Theater, der freien Kulturträger und der Soziokultur ausbauen und dynamisieren.

Eine grundsätzliche Änderung hin zu einer neuen Politik geht nur mit den Bündnisgrünen. Die Krisen der vergangenen Jahre lassen sich nicht mehr voneinander trennen. Ihre Ursachen liegen in einem unverantwortlichen und maßlosen Handeln. Die Antworten und Lösungen auf diese Krisen und andere relevanten Entwicklungen müssen daher zusammengedacht werden.

Der Kampf gegen den Klimawandel bietet immense Chancen für eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Gute Bildung und eine verlässliche soziale Infrastruktur sind die Schlüssel sowohl für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, wie auch für den sozialen Zusammenhalt in unserm Land. Nur damit können wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen.

Handlungsunfähige Kommunen bremsen wirtschaftliche Entwicklungen, massive Kürzungen der freiwilligen Leistungen machen das Land unattraktiv. Wir brauchen beispielsweise massive Anreize für energieeffiziente Mobilität und energetische Gebäudesanierung auf kommunaler Ebene. Wenn wir kommunale Gebäude, Schulen und Hochschulen energetisch sanieren, packen wir Wirtschaftskrise, Klimakrise, Bildungskrise und Kommunalkrise zusammen an.

Wir wissen, dass die Zukunft von Wirtschaft und Wohlstand grün sein muss. Darum wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern einen ökologischen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik.